

#vku2017



DER BEITRAG KOMMUNALER UNTERNEHMEN

für Wirtschaft und Gesellschaft



› 720.000 Arbeitsplätze

Auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines VKU-Mitgliedsunternehmens entfallen nahezu **zwei** weitere Beschäftigte in Deutschland (genau 1,8). Die kommunalen Unternehmen sichern Arbeitsplätze für insgesamt **720.000** Menschen in Deutschland von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in Metropolen wie im ländlichen Raum.



› 16,7 Milliarden Euro Einkommen

Jedes Einkommen in einem VKU-Mitgliedsunternehmen generiert etwa **ein** weiteres Einkommen in Deutschland (genau 0,9). Insgesamt sind die kommunalen Unternehmen in Deutschland für ein Einkommen in Höhe von **16,7** Milliarden Euro verantwortlich. Damit setzen die kommunalen Unternehmen in Deutschland nicht nur direkte Nachfrageimpulse in der Region, sondern schaffen und sichern weitere Arbeitsplätze über die Ausgaben ihrer Mitarbeiter im Wirtschaftskreislauf.



› 23,7 Milliarden Euro Steuern

Die kommunalen Unternehmen in Deutschland haben **23,7** Milliarden Euro Steuern generiert. Mit ihrer wirtschaftlichen Betätigung leisten kommunale Unternehmen einen zentralen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens.

Quelle: VKU-Studie „Kommunale Wertschöpfung“, Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V., Universität Leipzig, 2015.

› VORWORT



Kommunale Unternehmen haben grundlegende gesellschafts-politische Bedeutung, denn ihre konstante und nachhaltige Leistungserbringung ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie für sozialen Zusammenhalt und Teilhabe. Entscheidende Gründe dafür sind ihre kommunale Eigentümerschaft, ihre regionale Verankerung und ihre Ausrichtung am Gemeinwohl.

Die deutsche Kommunalwirtschaft hat auch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung für unser Land: Sie sichert direkt und indirekt Arbeitsplätze für insgesamt **720.000** Menschen. Sie ist überall vor Ort – von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in den Metropolen und im ländlichen Raum. Und sie spielt eine beeindruckende wirtschaftliche Rolle. Denn kommunale Unternehmen sorgen jährlich für **16,7** Milliarden Euro Einkommen und generieren **23,7** Milliarden Euro an Steuern.

Kommunale Unternehmen sind damit ein regionaler, verlässlicher und nachhaltiger Partner für Gesellschaft und Wirtschaft. Gemeinsam bilden Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen das tragfähige Fundament für Deutschland und entwickeln tagtäglich Lösungen für die aktuellen Herausforderungen – von der Digitalisierung bis hin zur Integration von Flüchtlingen.

Auch die Bürger schätzen die grundlegenden Eigenschaften kommunaler Unternehmen: Lokalität und Regionalität, darin liegen Nähe, Verbundenheit und Stärke. Die Wertschätzung zeigt sich deutlich in der aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes forsa im Auftrag des VKU. Demnach haben 75 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger großes oder sogar sehr großes Vertrauen in kommunale Unternehmen. 91 Prozent sind mit der Arbeit der kommunalen Unternehmen zufrieden oder sehr zufrieden.

Als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft haben wir die kommunalwirtschaftlichen Positionen für eine zukunftsweisende Politik für Sie zusammengefasst. Treten wir zu den vielfältigen Themen der kommunalen Unternehmen in den Dialog. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

Michael Ebling
Präsident

Katherina Reiche
Hauptgeschäftsführerin

INHALT

01 KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT

Infrastrukturen im Wandel: Leistungen der Daseinsvorsorge sind die Basis für eine starke Wirtschaft und lebenswerte Gesellschaft	8
Digitaler Wandel: Daseinsvorsorge 4.0	8
Klimawandel: Dekarbonisierung ist Paradigma für die nächsten Jahrzehnte	10
Kommunalwirtschaft in Europa gestalten	10
Ordnungsrahmen im Wandel: Besondere Rolle in der Daseinsvorsorge berücksichtigen	11

02 KOMMUNALE ENERGIEWIRTSCHAFT

Die Energiewende zum Erfolg führen	14
Stromwende im Wettbewerb gestalten	14
Wärmewende: Mit Sektorkopplung den Klimaschutz fördern	16
Energieeffizienzwende: Ein tragfähiges Geschäftsmodell mit Wertbeitrag	16
Mobilitätswende: Potenziale des Verkehrsbereichs erschließen	17
Strom- und Gasnetze im Wandel zu Smart Grids	18
Gasinfrastruktur als Rückgrat der Energiewende	19

03 KOMMUNALE ABFALLWIRTSCHAFT UND STADTREINIGUNG

Entsorgungszuständigkeit der Kommunen für die Haushaltsabfälle	22
Recycelfähigkeit von Produkten stärken	23
Programme zur Förderung des Bürgerengagements	23

04 KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

Wirksamer Schutz der Ressourcen für die Trinkwassergewinnung	26
Wachsende Anforderungen an die Abwasserentsorger zur Ressourceneffizienz	27
Wasser und Abwasser auch in Zukunft am besten in kommunaler Verantwortung	28

05 KOMMUNALER BREITBANDBAU

Ordnungspolitischer Rahmen für den Breitbandausbau: Wettbewerb forcieren und neue Lösungen für ländliche Gebiete entwickeln	32
--	----

01

**KOMMUNALE UNTERNEHMEN
SICHERN ZUKUNFT**

Geeignete politische Rahmenbedingungen stärken das Potenzial kommunaler Unternehmen, damit die Formel aufgeht: „Starke Kommunen und starke kommunale Unternehmen für ein starkes Deutschland“. Als Spitzenverband der kommunalen Unternehmen unterbreitet der VKU darum konkrete Vorschläge.

KOMMUNALE UNTERNEHMEN SICHERN ZUKUNFT

Infrastrukturen im Wandel: Leistungen der Daseinsvorsorge sind die Basis für eine starke Wirtschaft und lebenswerte Gesellschaft

Eine moderne Daseinsvorsorge ist heute notwendiger denn je. Gerade in Zeiten des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Entwicklungen kommt die wesentliche Rolle der Kommunen und ihrer kommunalen Unternehmen zum Tragen.

Sie sind Teil der lokalen und regionalen Gesellschaft. Das gehört zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Kultur. Die Bürger wissen die Regionalität zu schätzen, darin liegt Nähe, Verbundenheit und Stärke – Eigenschaften, über die kommunale Unternehmen verfügen. Sie sind durch ihre kommunale Eigentümerschaft und ihre demokratische Legitimation nah am Kunden und gehören dem Bürger. Das schafft Vertrauen. Kommunale Unternehmen sind aber auch gute Partner und ein Stabilitätsanker für die Wirtschaft vor Ort. Denn sie investieren vor allem vor Ort und vergeben Aufträge an das regionale Handwerk und Gewerbe.

Die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge werden zunehmend an den gesellschaftlichen Wandel angepasst. Das gilt in Städten wie in ländlichen Räumen. Überall, wo Menschen und Unternehmen sind, werden die passenden Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge benötigt. Darum kümmern sich die kommunalen Unternehmen.

UNSERE POSITIONEN

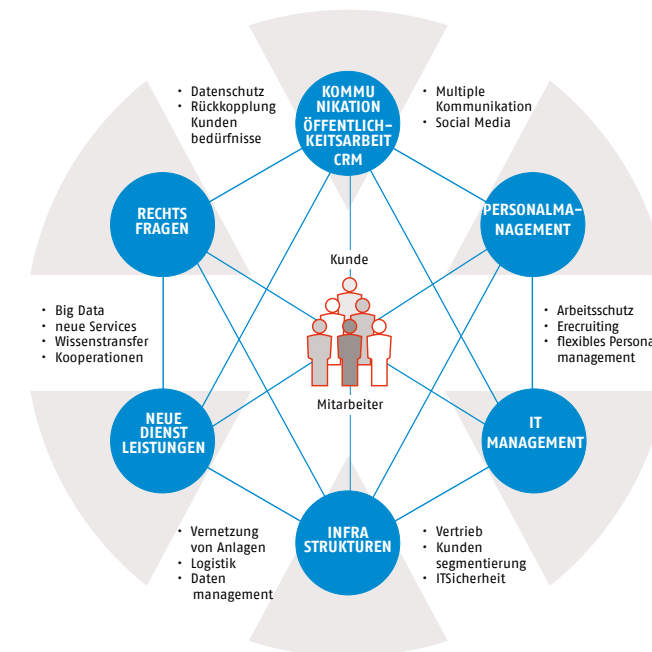
- Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig leistungsfähige und nachhaltig agierende kommunale und kommunalwirtschaftliche Strukturen sind, das ist eine Lehre aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. Alle gesetzgeberischen Maßnahmen sollten in sich schlüssig und ressortübergreifend abgestimmt werden, wenn sie Auswirkungen auf kommunale Unternehmen haben. Das gilt zum Beispiel für die Umsetzung der Energiewende.
- Eine isolierte Betrachtung einzelner Themenkomplexe führt regelmäßig zu unsachgemäßen Ergebnissen. Die Nachteile treffen die kommunalen Unternehmen und ihre Kommunen besonders schwer. Darum treten wir für eine Gesamtwürdigung aller möglichen Konsequenzen ein – im regulierten und im nichtregulierten Sektor.

Digitaler Wandel: Daseinsvorsorge 4.0

Für die Zukunft gilt: Alles was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Die digitale Transformation erfasst bereits jetzt wesentliche Bereiche des Lebens und Wirtschaftens. Das betrifft auch die kommunale Daseinsvorsorge.

In den Kommunen fallen unendlich viele Daten an, beispielsweise aus der Energie- und Wasserversorgung, dem ÖPNV oder der Verwaltung. Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen müssen mit den Daten zukünftig einen regionalen Mehrwert für die Bürger schaffen, unter Einhaltung strenger Schutzstandards.

NEUE VERNETZUNGEN (UND THEMEN) INNERHALB EINES KOMMUNALEN UNTERNEHMENS



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Kommunen und die kommunalen Unternehmen sind wesentliche Akteure und die richtigen Partner für das erfolgreiche Gelingen der digitalen Transformation. Sie sind direkt vor Ort und nah am Kunden. Sie sind datensparsam und tragen den Besorgnissen der Bürger über den Schutz ihrer Daten mit besonderer Sorgfalt Rechnung. Sie sorgen für den Ausbau leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur. Sie bieten nachhaltige Mobilität, dezentrales Energiemanagement oder ein intelligentes Zuhause. Und sie suchen neue Wege der Kundenkommunikation. Die Bürger schätzen diese Daseinsvorsorgeleistungen der kommunalen Unternehmen und bringen ihnen ein hohes Vertrauen entgegen.

Die kommunalen Unternehmen gehen dabei mit der Zeit. Sie bieten mehr an als „nur“ neue Dienstleistungen. Die digitale Transformation in Deutschland setzt eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet voraus. Und kommunale Unternehmen zählen zu den treibenden Kräften beim Breitbandausbau – auch in abgelegenen Gebieten. Sie setzen dabei überwiegend auf zukunftsfähige Glasfasertechnologie. Damit sichern sie flächendeckend gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum. Sie verantworten auch den zuverlässigen und effizienten Aus- und Umbau sowie die Unterhaltung der physischen Infrastruktur. Dritte Akteure sind dagegen hauptsächlich am Dienstleistungsgeschäft AUF dem Netz interessiert.

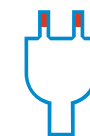
UNSERE POSITIONEN

- Kommunale Unternehmen und die Kommunen sollten bei der Rahmensetzung für die digitale Transformation stärker einbezogen werden. Sie sind wesentliche Akteure und wichtige Partner für die Digitalisierung Deutschlands. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung wird von den Kommunen zunehmend als Teil der Daseinsvorsorge betrachtet. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die politischen Kompetenzen für die digitale Transformation auf Bundesebene an zentraler Stelle koordiniert werden. So wäre zum Beispiel über die Bündelung in einem Ressort zu diskutieren.
- Auch in der digitalen Welt brauchen kommunale Unternehmen und ihre Eigentümer Rechtssicherheit. Wir brauchen eine Klärung in Bezug auf Haftungsfragen und setzen uns für klare Regelungen ein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Unternehmen in nachhaltige und tragfähige Geschäftsfelder investieren können. Nur so können sie die Aufgaben für den Aus- und Umbau der Infrastruktur auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen und die Chancen der Digitalisierung nutzen.

» **Kommunale Unternehmen** übernehmen auch im digitalen Zeitalter mit ihren Infrastrukturdienstleistungen wesentliche Aufgaben, die für die Gesellschaft unentbehrlich sowie für alle nachfolgenden Wirtschaftstätigkeiten essentiell sind:



Ohne schnelle **Breitbandversorgung...**
...keine Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.



Ohne verlässliche und intelligente **Energieversorgung...**
...keine industrielle Produktion und keine Versorgungssicherheit.



Ohne vor äußeren Angriffen geschützte **Wasserver- und Abwasser sowie Abfallentsorgung...**
...keine Gewährleistung essentieller Daseinsvorsorgedienstleistungen und keine Ver- und Entsorgung in der Fläche.

Klimawandel: Dekarbonisierung ist Paradigma für die nächsten Jahrzehnte

Die Städte, Gemeinden und Kreise und die kommunalen Unternehmen spielen bei der Dekarbonisierung im Energiesystem der Zukunft eine zentrale Rolle. Kommunale Unternehmen sind für Verbraucher und dezentrale Erzeuger der natürliche Ansprechpartner vor Ort. Sie sind Systemmanager, Experten für ganzheitliche Konzepte zur Energieversorgung und für die Infrastruktur. Die kommunalen Unternehmen heben über den Querverbund und Kooperationen mit kommunalen Akteuren wie beispielsweise der Wohnungswirtschaft Dekarbonisierungspotenziale und setzen intelligente Versorgungskonzepte um. So beziehen sie die Bereiche Wasser, Abwasser und Abfall und als einer der größten Mobilitätsanbieter auch den Verkehr in ihre Dekarbonisierungsstrategien mit ein.

UNSERE POSITIONEN

- Die Diskussion sollte sich nicht nur auf den Transformationsprozess der thermischen Stromerzeugung verengen, sondern sich damit beschäftigen, wie ein dekarbonisiertes Energiesystem im Ganzen aussehen kann. Dazu gehört zum einen, wie zukünftig gesicherte Leistung und Systemdienstleistungen bereitgestellt werden können. Zum anderen fallen rund die Hälfte der CO₂-Emissionen in der Wärmeversorgung an. Daher ist die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung zu diskutieren.
- Um Anreize zu setzen, in Technologien für flexible gesicherte Leistung und Systemdienstleistungen zu investieren sowie die Wärmeversorgung umzubauen, braucht es vor allem sichere und verlässliche Rahmenbedingungen. Angesichts der langfristigen Investitionen müssen sich Investoren darauf verlassen können, dass die Politik den eingeschlagenen Weg nicht mehr verlässt.
- Wir wollen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine ambitionierte Reform des Emissionshandels einsetzt. Es ist zu klären, wer für Energiewende und Dekarbonisierung zahlen und wie die Finanzierung sichergestellt werden soll.
- Die Bundesregierung sollte zeitnah mit der Energiewirtschaft, den beteiligten Bundesländern, den Kommunen und kommunalen Unternehmen sowie den

Gewerkschaften in einen konstruktiven Dialog treten, um eine mittel- und langfristig angelegte Konzeption zur Modernisierung des deutschen Kraftwerksparks zu erarbeiten.

Kommunalwirtschaft in Europa gestalten

Heute setzt die europäische Gesetzgebung den Rahmen für fast alle kommunalwirtschaftlichen Tätigkeiten. Starke Kommunen mit leistungsfähigen kommunalen Unternehmen sind das Fundament der Europäischen Union.

Die übergeordnete ordnungspolitische Diskussion im europäischen Binnenmarkt, Wettbewerbs- und Steuerrecht ist entscheidend für die Erbringung kommunalwirtschaftlicher Dienstleistungen. In Deutschland wird die Diskussion über kommunale Unternehmen unter dem Begriff der Daseinsvorsorge subsumiert. Im europäischen Ausland ist dieser Begriff jedoch nicht geläufig. Daher kommt es immer wieder zu Konflikten des deutschen Verständnisses der Kommunalwirtschaft mit europäischem Recht. Hier gilt es, die Grundsätze des Vertrags von Lissabon (2009) zu wahren, der die kommunale Selbstverwaltung im europäischen Primärrecht festschreibt.

Im Lichte der Ergebnisse des Referendums über die Mitgliedschaft von Großbritannien in der Europäischen Union wird zukünftig der Aspekt der Bürgernähe wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Das europäische Motto „In Vielfalt geeint“ heißt, dass die Bürger mehr in die Politikgestaltung eingebunden werden müssen – nicht zuletzt, um die Zustimmung zum Projekt „Europa“ zu erhalten und auszubauen. Die kommunale Ebene ist dafür der ideale Partner. Denn es sind die Kommunen, die in den meisten Fällen europäische Entscheidungen in die Praxis umsetzen. Sie sind nah am Bürger, kommunizieren direkt und ihre Entscheidungen sind demokratisch legitimiert.

UNSERE POSITIONEN

- Initiativen der EU dürfen die bewährten kommunalwirtschaftlichen Strukturen nicht gefährden. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für die Berücksichtigung der vereinbarten Grundsätze in sektorspezifischen Gesetzgebungen einzusetzen.

- Der formalrechtliche Schutz der EU-Verträge für die kommunale Selbstverwaltung und Organisationsfreiheit sollte auch bei internationalen Verhandlungen zu Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA leitend sein. Wir appellieren auch in diesem Themenbereich an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die nach europäischem und nationalem Recht gewährleisteten weiten Handlungsspielräume der Kommunen bei der Organisation der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Das gilt insbesondere für die in den neuen EU-Vergaberichtlinien verankerten Möglichkeiten für Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bereichsausnahmen für die Trinkwasserversorgung sowie Abwasserbeseitigung oder -behandlung.
- Häufige und regelmäßige Arbeitstreffen sollen den Austausch über eine bessere Rechtssetzung in der Netzregulierung optimieren. Diese sollen vor den europäischen Beratungen und zu deren Begleitung stattfinden. Insbesondere bei wiederkehrenden Gesetzgebungsverfahren, wie beispielsweise den sogenannten Netzkodizes, ist eine kontinuierliche Begleitung durch die Bundesregierung gemeinsam mit der Branche notwendig. Wir bieten der Bundesregierung an, einen regelmäßigen Dialog zu initiieren.

Ordnungsrahmen im Wandel: Besondere Rolle in der Daseinsvorsorge berücksichtigen

Kommunen und ihre Unternehmen haben effiziente und qualitativ hochwertige Infrastrukturdienstleistungen geschaffen. Der Verfassungsgeber schützt die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes. Damit erkennt er an, dass die soziale Teilhabe der Bürger und die wirtschaftliche Prosperität in den Gemeinden unverzichtbare Grundlagen für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen sind.

Die bestehenden Strukturen haben effiziente und qualitativ hochwertige Infrastrukturdienstleistungen geschaffen. Die kommunalen Unternehmen brauchen dauerhaft eindeutige und belastbare rechtliche und steuerrechtliche Rahmenbedingungen. Diese müssen ihre besondere Rolle in der Daseinsvorsorge beachten, ohne dabei Hemmnisse im Wettbewerb zu schaffen. Nur so finden sich sparsame, ressourcenschonende, bürgerfreundliche und kostengünstige Lösungen.

UNSERE POSITIONEN

- Kommunale Unternehmen brauchen faire und bundesweit vergleichbare wirtschaftliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen. Nur so erreichen sie eine weiterhin möglichst hohe Wertschöpfung für die Kommunen und die Allgemeinheit. Daher setzen wir uns für eine grundsätzliche Harmonisierung des Gemeindefinanzierungsrechts ein, für ein Level-Playing-Field und eine freie, wirtschaftliche Betätigung in den Wettbewerbsbereichen.
- Wir kritisieren, dass die Beschaffungsprozesse kommunaler Unternehmen durch Landesregelungen des Vergaberechts für Aufträge im sogenannten Unterschwellenbereich mit unnötigen Vorgaben überfrachtet werden mit der Folge, dass die Organisationshoheit der Kommunen aus Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht respektiert wird. Die Beschaffungsprozesse kommunaler Unternehmen sollten daher im Wesentlichen durch die bestehenden Bundesregelungen, insbesondere im 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), in der Vergabeverordnung und der Sektorenverordnung, geregelt werden.
- Hoheitliche Tätigkeiten kommunaler Unternehmen, die nicht im privatwirtschaftlichen Wettbewerb stehen, sollten weiterhin nicht der Steuerpflicht unterliegen. Die angekündigte Überarbeitung der europäischen Mehrwertsteuerrichtlinie sollte dem umfänglich Rechnung tragen. Wir lehnen alle Pläne der EU-Kommission ab, die Mehrwertsteuerpflicht im öffentlichen Sektor gegenüber dem Status quo auszuweiten. Vielmehr soll die Zusammenarbeit mehrerer öffentlicher Körperschaften dauerhaft ohne steuerliche Belastung möglich sein, wenn sie eine effiziente Nutzung hoheitlicher Infrastrukturen gewährleistet. Das möchten wir auch im Unionsrecht noch stärker als bisher herausstellen.
- Um die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Abwassers weiterhin auch unter energetischen Gesichtspunkten effizient zu gewährleisten, ist die Politik gefordert, einen Rahmen zu schaffen, der die Nutzung der (natürlichen) Energiepotenziale in der kommunalen Wasserwirtschaft unterstützt. Dies betrifft insbesondere die energie- und stromsteuerrechtlichen Vorgaben.

02

**KOMMUNALE
ENERGIEWIRTSCHAFT**

Die kommunalen Unternehmen sind Wegbereiter und Weggestalter der Energiewende in Deutschland. Sie sorgen als Systemmanager für sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energie. Dafür brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen und wettbewerbliche Strukturen in einem systemischen Ansatz.

» KOMMUNALE ENERGIEWIRTSCHAFT

Die Energiewende zum Erfolg führen

Liberalisierung, Dezentralität und Digitalisierung verändern die Marktrollen und Prozesse auf allen Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft – angefangen bei der Erzeugung über den Energiehandel und den Energievertrieb bis hin zum Verteilnetz. Die größten Herausforderungen dabei sind die Integration erneuerbarer Energien in den Strommarkt, der rasche Ausbau intelligenter Verteilnetze und die Entwicklung kundenorientierter Energieeffizienz-Dienstleistungen.

In den Kommunen findet die Energiewende statt. Kommunale Unternehmen haben die richtigen Antworten für den Umbau des Energiesystems: Sie investieren als Unternehmen in Wind- und Solarparks, betreiben moderne KWK-Anlagen und sind

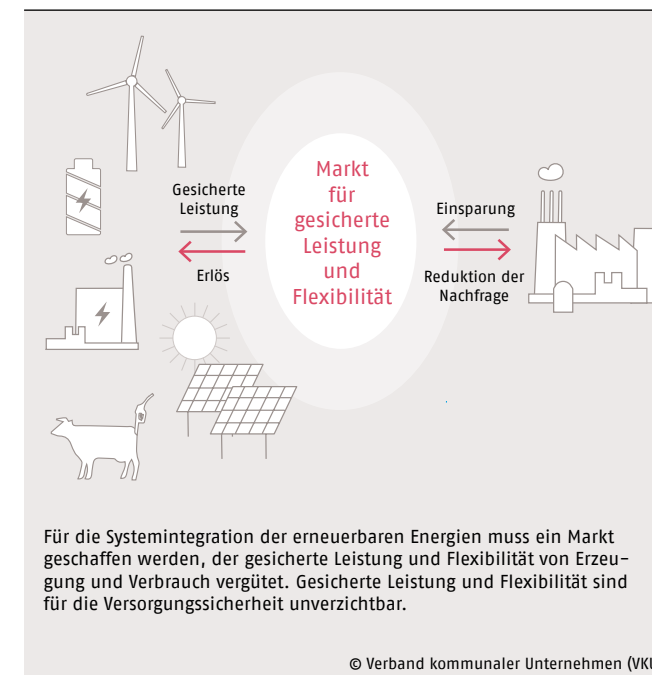
Experten für Netzinfrastrukturen. Außerdem sind sie nah an ihren Kunden. Sie bekennen sich klar zum Wettbewerb im Energiemarkt. Kommunale Unternehmen nutzen die neuen digitalen Möglichkeiten, um ihren Kunden attraktive Produkte anzubieten und gleichzeitig die Energieeffizienz zu steigern. Gute Beispiele sind lastvariable Tarife oder Plattformen für Angebote und Dienstleistungen rund um die Themen Energieeffizienz und Energieeinsparungen. Es braucht stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, damit kommunale Energieversorgungsunternehmen weiterhin ihren Beitrag für ein sicheres, umweltfreundliches, bezahlbares sowie kundenorientiertes Energiesystem, im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks, leisten können.

Stromwende im Wettbewerb gestalten

Kommunale Unternehmen sind in allen Bereichen des Systemumbaus im Strommarkt nachhaltig aktiv. Sie gestalten die Energiewende vor Ort. Allerdings sind sie immer stärker von fehlenden Impulsen aus dem Emissionshandel und sinkenden Großhandelspreisen am Strommarkt betroffen. Dadurch wird der wirtschaftliche Betrieb klimafreundlicher gasbefeuerteter Kraftwerke und KWK-Anlagen verhindert. Gleiches gilt für Investitionen in Flexibilitätsoptionen. Speicher, Power-to-x, Lastmanagement, KWK-Anlagen und flexible Gaskraftwerke sind nur einige Ansätze, um in Zukunft Leistung und Versorgung zu sichern. Im aktuellen Marktumfeld sind sie jedoch nicht zu refinanzieren. Dadurch fehlen die Mittel für den Systemumbau. Hier muss die Politik gegensteuern. Es braucht einen umfassenden und wettbewerbsfähigen Ansatz in Form eines dezentralen Leistungsmarktes, um Flexibilitätsoptionen in den Markt zu bringen – egal ob bei Kapazitäten, Speichern oder beim Lastmanagement.

Ein wichtiger Schritt zu größerer Kosteneffizienz sind die eingeführten Ausschreibungen, die erneuerbare Energien an den Markt heranzuführen. Für die Marktakteure sind verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend. Das betrifft insbesondere den weiteren

ENERGIEMARKTDESIGN DER ZUKUNFT



Ausbaupfad. Windenergie und Photovoltaik sind die kostengünstigsten erneuerbaren Energien. Doch komplexe und teure Planungs- und Genehmigungsverfahren führen in diesem Bereich zu langen Projektdauern. Kommunale Unternehmen müssen sich an den Ausschreibungen beteiligen können, um tatsächlichen Wettbewerb zu generieren.

Speicher sind ein wichtiger Baustein, um die schwankenden erneuerbaren Energien auszugleichen und gesicherte Leistung bereitzustellen. Zudem können sie einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität leisten. Kommunale Unternehmen sind in zahlreichen Projekten engagiert, die jedoch kaum wirtschaftlich betrieben werden können. Der Gesetzgeber muss ein kohärentes Regelwerk für Energiespeicher schaffen, das ihrer Rolle als ausgleichendes Element zwischen Erzeugung und Verbrauch gerecht wird. Besonders wichtig ist eine sachgerechte Regelung für die Belastung mit Abgaben und Entgelten.

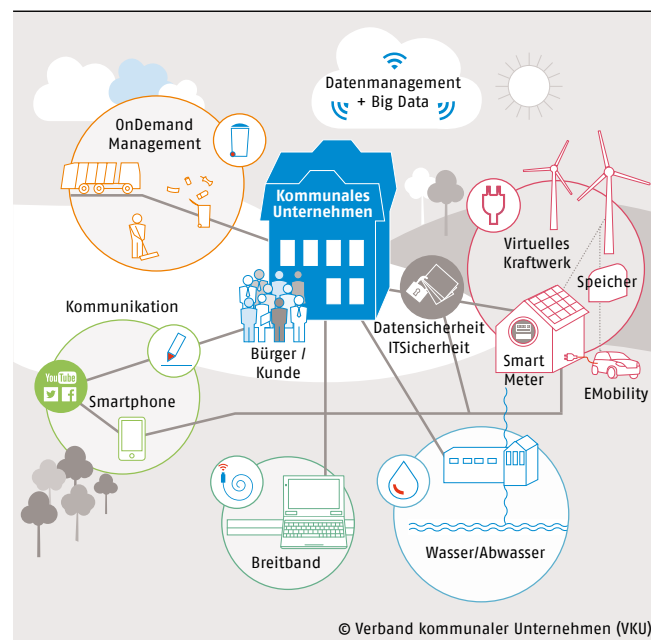
Energiehändler und -vertriebe haben im Strommarkt 2.0 neue Aufgaben. Diese gehen teilweise mit erheblichen Investitionen einher. Hier sind vor allem die Vermarktung von volatilen Erneuerbare-Energien-Anlagen oder die Hebung von Flexibilitätspotenzialen zu nennen. Um die hohe Wettbewerbsintensität des deutschen Strommarktes zu sichern, müssen auch kleinere Marktteilnehmer weitgehend unabhängig am Energiemarkt agieren können. Ein Beispiel dafür ist die Stärkung der Bilanzkreisverantwortung (Anpassungen des bisherigen Bilanzkreis- und Ausgleichssystems). Hier muss bei der Umsetzung aller Maßnahmen beachtet werden, dass die Effekte insbesondere kleinere Marktteilnehmer belasten.

Die damit einhergehende Verlagerung der Verantwortung für die Versorgungssicherheit sukzessive von den Übertragungsnetzbetreibern auf die Vertriebe und Händler lehnt der VKU ab. Der Staat übt hier wachsenden Einfluss auf den Einzel- und Großhandelsmarkt aus – was zu weiteren systemischen Ineffizienzen führt. Es sollen verstärkt Angebote gemacht werden, um Lastverschiebungspotenziale (Demand-Side-Management) zu heben. Das passiert etwa mit der Etablierung neuer Marktteilnehmer durch den Gesetzgeber oder mit neuen Marktrollen, wie beispielsweise dem unabhängigen Aggregator. Auch die kommunalen Unternehmen sehen in der Bereitstellung von Lastverschiebungspotenzial Chancen. Durch die Öffnung der Bilanzkreise für Dritte (z.B. Aggregatoren) können für kommunale Energielieferanten und Netzbetreiber aber auch erhebliche finanzielle beziehungsweise technische Risiken entstehen. Hier fehlen klare Regelungen, die die Rechte und Pflichten von Aggregatoren transparent festlegen und die Verantwortung für entstehende Risiken verursachungsgerecht zuordnen.

UNSERE POSITIONEN

- Wir setzen uns dafür ein, dass die von kommunalen Unternehmen erbrachten Systembeiträge zur Energiewende endlich honoriert werden.
- Wir brauchen eine Diskussion des Energiemarktdesigns mit einer grundlegenden Orientierung auf wettbewerbsfähige Strukturen, die Versorgungssicherheit garantieren und Flexibilitätsoptionen fördern.
- Wir brauchen weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch Energiespeicher brauchen ein kohärentes Regelwerk und eine sachgerechte Behandlung bei Abgaben und Entgelten, die ihre Rolle im zukünftigen Energieversorgungssystem anerkennt. Kommunale Energieversorger sollten auch im Strommarkt der Zukunft weitestgehend selbstständig agieren können. Zudem sollte es faire rechtliche Rahmenbedingungen für etablierte und neue Marktteilnehmer geben, um nachfrageseitige Flexibilität zu vermarkten und prozessual einzubinden.
- Für einen Rollout von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen sind strukturelle, prozessbezogene Ableitungen für den kommunalen Energievertrieb und Lieferanten sowie für die Verteilnetzbetreiber zu berücksichtigen. Wir plädieren dafür, bereits zwingend in der Umsetzungsphase auf ein vernünftiges Verhältnis von Kosten und Nutzen zu achten.

ROLLE DES KOMMUNALEN UNTERNEHMENS IN EINEM VERNETZTEN, SMARTEN UMFELD



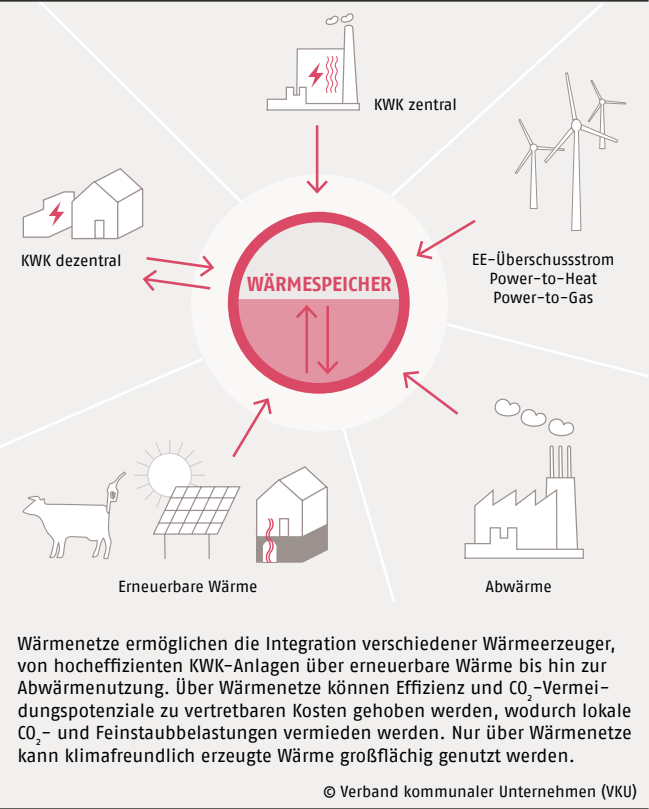
Wärmewende: Mit Sektorkopplung den Klimaschutz fördern

Nach dem Stromsektor müssen andere Sektoren in die Energiewende folgen. Bei der Wärmeversorgung kommt es für die hochverdichteten Ballungsräume vor allem auf die Infrastrukturen an. Ohne Fernwärmenetze kann dort die Wärmewende nicht gelingen. Deshalb müssen die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um diese Infrastrukturen umzubauen, zu erhalten und für die Integration erneuerbarer Energien fit zu machen.

In einer verzahnten Strom- und Wärmewende spielen KWK-Anlagen noch auf absehbare Zeit eine entscheidende Rolle für eine klimafreundliche Wärmeversorgung. In Kombination mit Wärmespeichern und Power-to-Heat können KWK-Anlagen und Wärmenetze die Stromversorgung flexibilisieren. Weiterhin können sie Redispatch und Abregelung vermeiden. Gute Gründe, um die Klimaschutztechnologie KWK zu fördern und den Aus- und Umbau der Wärmenetze weiter voranzutreiben.

Die Bedeutung von Wärmeinfrastrukturen für die Wärmewende muss verdeutlicht und der Aus- und Umbau dieser Netze konsequent vorangetrieben werden.

DIE WÄRMEINFRASTRUKTUR IST DER SCHLÜSSEL FÜR EINE CO₂-ARME WÄRMEVERSORGUNG



UNSERE POSITIONEN

- Wir setzen uns dafür ein, dass KWK-Anlagen weiterhin gefördert werden. Das gilt gerade in Bezug auf ihre Rolle als Klimaschutztechnologie an der Sektorengrenze von Strom und Wärme. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Flexibilitätsbeiträge zu honorieren.

Energieeffizienzwende: Ein tragfähiges Geschäftsmodell mit Wertbeitrag

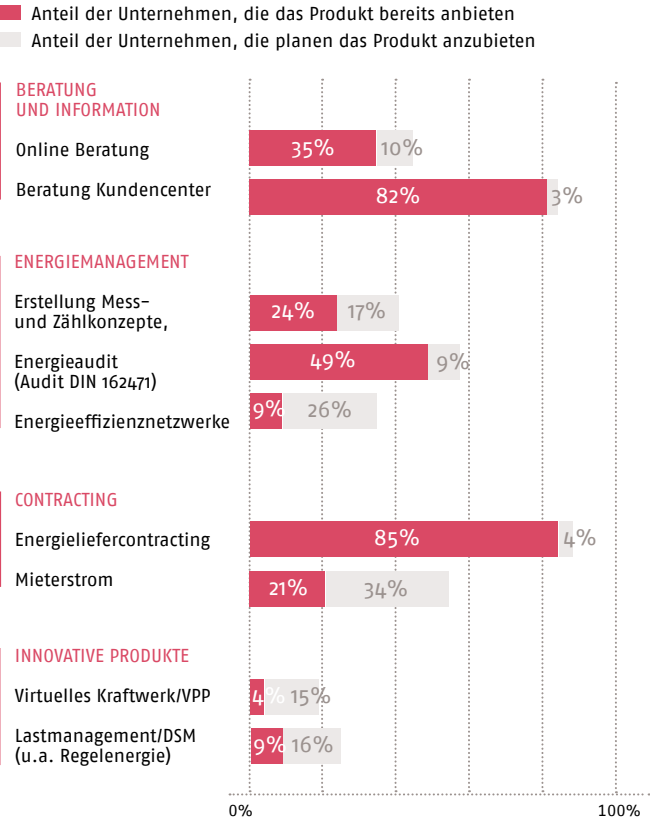
Die europäischen und nationalen Vorgaben der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) sowie des Energiekonzeptes legen die Steigerung der Energieeffizienz fest. Die Potenziale sind im Wärme- und Gebäudereich enorm. Schließlich beträgt der Anteil des Gebäudesektors am Energieverbrauch in Deutschland fast 40 Prozent. Energieeffiziente und verstärkt auch intelligente Gebäude sind durch leistungsfähige Gebäudetechnik zumindest im Neubau zunehmend Realität.

Kommunale Unternehmen sind bereits seit langem im Energieeffizienzbereich aktiv. So ist beispielsweise die effiziente Bereitstellung von Strom und Wärme über Contractinglösungen ein bewährtes Geschäftsfeld. Auch das Quartiersmanagement, also die ganzheitliche energetische und energieeffiziente Planung und Steuerung von Stadt- und Ortsteilen, wird von kommunalen Unternehmen übernommen. Beratungsleistungen zur Einsparung von Energie gehören ebenso zu ihrem umfangreichen Portfolio.

Die bestehenden Energieeffizienzpotenziale werden jedoch nur dann gehoben, wenn der Energiedienstleistungsmarkt auf ein wettbewerbsfähig ausgestaltetes Level-Playing-Field aufsetzt. Ziel muss daher sein, eine Grundlage zu schaffen, auf der auch kommunale Energieversorgungsunternehmen (EVU) gleichermaßen vom Marktwachstum profitieren können und bei der Ausgestaltung öffentlicher Förderprogramme berücksichtigt werden. Energiedienstleistungen kommunaler EVU müssen als Wert wahrgenommen werden. Sie dürfen nicht wie bisher zum Teil als Add-on zu Kundenbindungszwecken stigmatisiert sein.

Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz muss beibehalten und innovativ weiterentwickelt werden. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene bei der Novellierung der Energieeffizienzrichtlinie dafür einzusetzen, dass kein Kontinuitätsbruch bei der Weiterentwicklung des Energiedienstleistungsmarktes entsteht. Das wettbewerbsfähige Ausschreibungsmodell muss auf den Wärmebereich ausgeweitet werden.

ENERGIEDIENSTLEISTUNGSPORTFOLIO KOMMUNALER UNTERNEHMEN



Quelle: VKU/ASEWMitgliederumfrage 2015/2016
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

UNSERE POSITIONEN

- Wir wollen kommunale Energieversorgungsunternehmen als zentrale Akteure des Energiedienstleistungsmarktes stärken, sie sollten als Energieeffizienztreiber eine höhere politische Wertschätzung erfahren. Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen eine wettbewerbsfähige und offene Weiterentwicklung für alle Akteure des Energiedienstleistungsmarktes zulassen.
- Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz sollte beibehalten und innovativ weiterentwickelt werden. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene bei der Erneuerung der Energieeffizienzrichtlinie dafür einzusetzen, dass kein Kontinuitätsbruch in der Förderung der Energieeffizienz entsteht. Das wettbewerbsfähige Ausschreibungsmodell sollte auf den Wärmebereich ausgeweitet werden.

Mobilitätswende: Potenziale des Verkehrsbereichs erschließen

Der Verkehr hat in Deutschland einen Anteil von etwa 20 Prozent an den CO₂-Emissionen. Dabei ist der CO₂-Ausstoß insgesamt seit vielen Jahren konstant. Die einzelnen Fahrzeuge werden zwar immer sparsamer, gleichzeitig steigen aber ihre Anzahl und die im Verkehr zurückgelegten Straßenkilometer. Die Einspareffekte werden so überkompensiert.

Die Dekarbonisierung des Verkehrsbereichs kann jedoch über die Umstellung auf alternative Kraftstoffe gelingen. Dazu werden die Elektro- und die Erdgasmobilität im motorisierten Individualverkehr und bei leichten Nutzfahrzeugen einen wesentlichen Beitrag leisten – letztere mittelfristig insbesondere im Schwerlastbereich. Kommunale Unternehmen sind die Mobilitätsanbieter vor Ort, sie sorgen für umweltfreundlichen Nahverkehr und schließen mit Car-Sharing-Angeboten oder Fahrradmietsystemen Mobilitätslücken von Tür zu Tür. Sie sind in allen Feldern von Energie und Verkehr als Infrastrukturdienstleister und Versorger, aber auch als Nachfrager aktiv. Als Infrastrukturdienstleister errichten und betreiben sie einen großen Teil der öffentlichen und öffentlich zugänglichen Normal- und Schnellladepunkte für Elektrofahrzeuge sowie der inzwischen über 900 Erdgastankstellen. Als Energieversorger und Netzbetreiber sind sie verlässliche Servicepartner für Ladepunkt- und Tankstellenbetreiber. Als Nachfrager integrieren sie Elektro- und Erdgasfahrzeuge in ihren Fuhrpark und erzielen dadurch erhebliche CO₂-Einsparungen.

Der Gesetzgeber muss neben den industriepolitischen auch die infrastrukturpolitischen Aspekte der Verkehrspolitik stärker gewichten. So können die kommunalen Unternehmen ihrer herausgehobenen Rolle bei der Gestaltung der Verkehrswende weiterhin gerecht werden. Die kommunalen Unternehmen benötigen einen klaren und verlässlichen Rechtsrahmen für ihre langfristigen Investitionen. Dieser soll Fortschritt und Wettbewerb ermöglichen und darf daher keine zu engen regulatorischen Grenzen ziehen.

UNSERE POSITIONEN

- „Weiße Flecken“ bei der flächendeckenden Versorgung im Bereich der Elektromobilität sollten jetzt schon verhindert werden. Hierfür werben die kommunalen Unternehmen und ihre Trägerkommunen beim Aufbau einer gut ausgebauten öffentlichen und flächendeckenden Ladeinfrastruktur um Unterstützung. Wir sehen ein „Rosinenpicken“ der wirtschaftlich lukrativsten Regionen durch die Privatwirtschaft kritisch.

- Wir unterstützen die Kommunen und kommunale Unternehmen bei der Beschaffung klimafreundlicher Elektro- und Erdgasfahrzeuge durch die Verstetigung von Förderprogrammen.
- Wir brauchen Sicherheit über die energiesteuerliche Behandlung, um die Dekarbonisierung des Verkehrs und die Marktdurchdringung von Erdgasfahrzeugen voranzutreiben. Weiterhin müssen Anreize für die Nutzung von Erdgas als Kraftstoff gesetzt werden.
- Wir treten für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den unterschiedlichen Kraftstoffen ein – mit der Anzeige des Literäquivalents von Erdgas an Tankstellen.

Strom- und Gasnetze im Wandel zu Smart Grids

Die Aufgaben der Verteilnetzbetreiber haben sich in der vergangenen Dekade stark verändert. Die Verteilnetzbetreiber sind zu Systemmanagern avanciert. Das liegt am dezentralen Charakter der Erzeugungslandschaft, an den Speichereinrichtungen und den flexiblen Verbrauchseinrichtungen im Zuge der Energiewende. Die von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende findet vornehmlich in den Verteilnetzen statt. Dort sind 97 Prozent der erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen angeschlossen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die dezentral erzeugte Energie bereits in den Verteilnetzen bestmöglich mit lokalem Verbrauch auszugleichen. Denn so wird das Gesamtsystem ausbalanciert. Das Gelingen der digitalen Transformation der Energiewirtschaft ist für den VKU der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende – insbesondere auf kommunaler Ebene.

ANFORDERUNGEN AN DIE VERTEILNETZE DER ZUKUNFT

Netzbau	Netzerweiterung	Ersatzinvestitionen
Digitalisierung/ Smart Grids	Integration Erneuerbare	Versorgungs- sicherheit
Messen und Steuern Kommunikation IT-Infrastruktur	Netzanschluss Erneuerbare Netzausbau, Netzverstärkung Regelung volatile Erzeugung	Klassische Aufgaben Altersstruktur Modernisierung
7 Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren	14 bis 28 Mrd. Euro in den nächsten 20 Jahren, 80 Prozent in der nächsten Dekade	Gesamtkosten für die Verteilnetze ca. 20 Mrd. Euro pro Jahr

UNSERE POSITIONEN

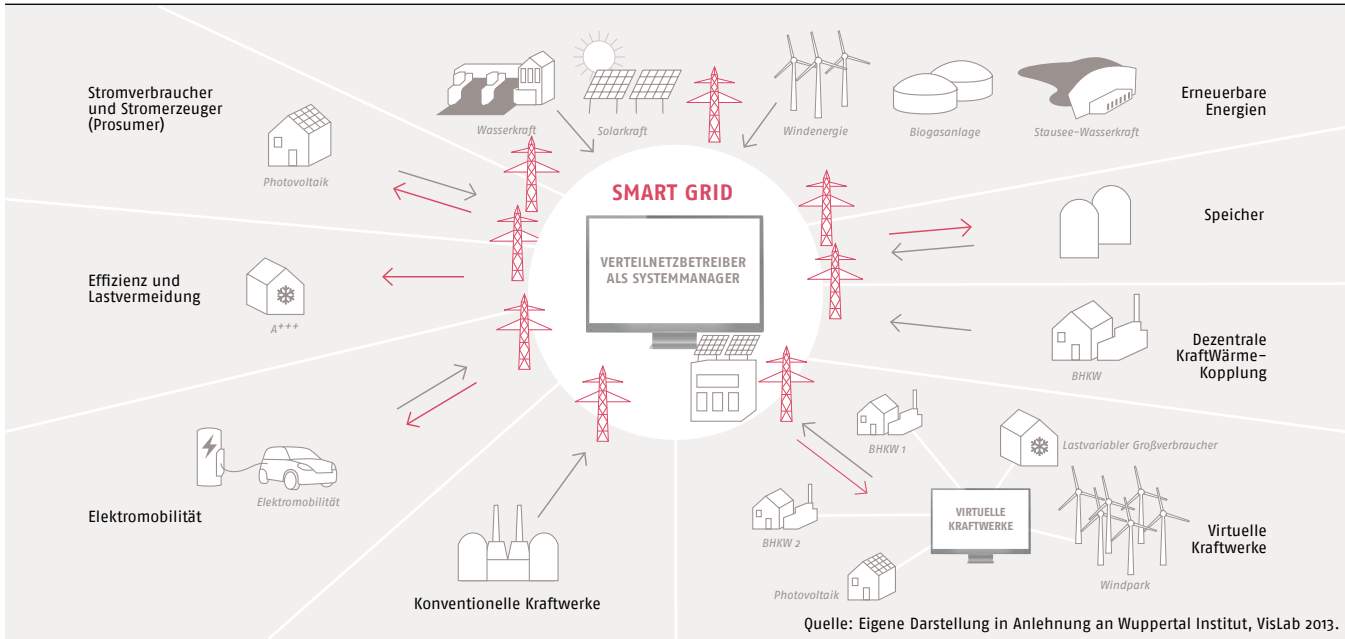
- Verteilnetzbetreiber brauchen unternehmerische Freiheit, um die Herausforderungen der Energiewende und der Digitalisierung passgenau auf die lokalen Gegebenheiten anzugehen. Hierfür brauchen wir angemessene regulatorische und technische Rahmenbedingungen. Dies betrifft Anforderungen bezüglich der Wirtschaftlichkeit, der geplanten neuen Bilanzierungssystematik und der flexiblen Abwicklung des Messstellenbetriebs. Außerdem müssen Verteilnetzbetreiber als Systemmanager in der Lage sein, die jeweils günstigste Flexibilitätsoption zur Gewährleistung einer effizienten Versorgung wählen zu können. Dies bedeutet, alle marktlichen und technischen Optionen wie aggregierte Flexibilität, Speicherbetrieb etc. für den Netzbetrieb nutzen zu können.
- Kommunale Unternehmen dürfen nicht gegenüber Wettbewerbern benachteiligt oder bei der Bildung von Kooperationen behindert werden. Bezüglich neuer Marktteilnehmer sollte die Verpflichtung der Verteilnetzbetreiber zur Daseinsvorsorge berücksichtigt werden. Dementsprechend brauchen wir für alle Marktteilnehmer die gleichen Bedingungen. Diese müssen sicher und planbar sowie technologie- und energieträgerneutral ausgestaltet werden.

Baustein sektorenübergreifend eingesetzt werden. Strom- und gasseitig fluktuierende Energieeinspeisungen können durch die Speicherfähigkeit im Gasnetz und durch externe Speicher geglättet werden. Erdgas ist im Vergleich mit anderen fossilen Energieträgern sehr umweltfreundlich. Der Transport per Pipeline ist zudem nur mit einem geringen Risiko für die Umwelt verbunden, zum Beispiel im Falle von Havarien.

UNSERE POSITIONEN

- In den verschiedenen Einsatzfeldern sind Nachbesserungen notwendig. Wir möchten die Vorteile von Erdgas bei der Umsetzung der Energiewende voll ausspielen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist aus unserer Sicht ein intelligentes und nachhaltiges Marktdesign.
- Wir setzen uns ein für eine angemessene Berücksichtigung von Erdgas im Wärmemarkt.

SMART GRIDS: SYSTEMELEMENTE VON INTELLIGENTEN STROMNETZEN



Gasinfrastruktur als Rückgrat der Energiewende

Erdgas als CO₂-armer Energieträger kann einen essenziellen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leisten. Damit trägt es auch zur Etablierung einer mit erneuerbaren Energien geprägten Energielandschaft bei. Die Umweltbilanz von Erdgas kann durch die Kombination mit erneuerbarem Gas (Bio-Erdgas und Power-to-Gas) gesteigert werden. Erdgas wird noch über die nächste Dekade hinaus einer der wichtigsten Energieträger bleiben. Das zeigen auch die Klimaziele der bisherigen Bundesregierung und die Verhandlungsergebnisse der UN-Klimakonferenz in Paris 2015. Erdgas ist im Vergleich mit anderen fossilen Energieträgern sehr umweltfreundlich, es entstehen bei der Verbrennung nicht nur wesentlich weniger CO₂-Emissionen, sondern auch nur geringere Mengen anderer Schadstoffe.

Die vorhandene Erdgasinfrastruktur bietet ein leistungsfähiges, sicheres und effizientes Transport- und Verteilungssystem. Bei der Neuformung der Energieversorgung kann Erdgas als flexibler

03

KOMMUNALE ABFALLWIRTSCHAFT
UND STADTREINIGUNG

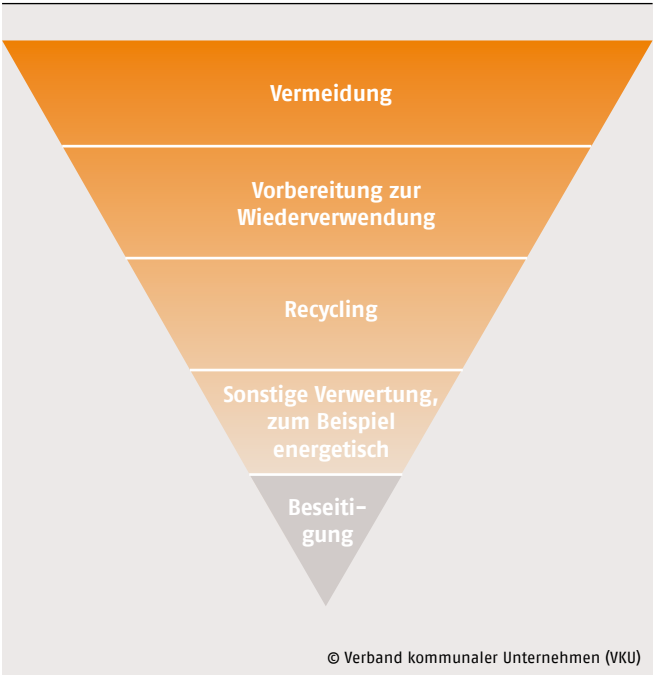
Die kommunalen Unternehmen sorgen für ein sauberes Stadtbild, einen verlässlichen Winterdienst sowie die Vermeidung und schnelle Beseitigung von Müll. Sie tragen damit zur Lebensqualität und Sicherheit in den Kommunen bei, für die Menschen vor Ort. Für die Erfüllung anspruchsvoller Recyclingziele braucht es ein Angebot der Wertstoffeffassung aus einer Hand.

» KOMMUNALE ABFALLWIRTSCHAFT UND STADTREINIGUNG

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit Blick auf eine nachhaltige Abfallwirtschaft im EU-Vergleich eine führende Rolle ein. Zur Förderung von Investitionen in eine hochwertige Anlagentechnologie ist ein klarer abfallwirtschaftlicher Rechtsrahmen von großer Bedeutung.

Die kommunalen Entsorgungsunternehmen in Deutschland sind auf allen Stufen der Abfallhierarchie einschließlich der Abfallvermeidung, Wiederverwendung und des Recyclings aktiv. Auf dem Sektor der Abfallvermeidung sind sie Akteure, die mit ihren Programmen zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwendung gebrauchter Produkte wichtige Beiträge erbringen. Die kommunalen Entsorger haben bei der Sammlung und Verwertung einer Vielzahl von Abfallströmen ein hohes Maß an Erfahrung. Sie leisten hier seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zu einer Abfallwirtschaft, die Sekundärrohstoffe produziert und den Bedarf an Primärressourcen verringert. Somit wird eine nachhaltige Abfallwirtschaft immer mehr zu einer Ressourcenwirtschaft. Mit der getrennten Sammlung von Glas, Papier, Bioabfall, Metallen, Altholz, gefährlichen Abfällen und anderen Abfallströmen tragen sie entscheidend zu hohen realen Verwertungs- und Recyclingquoten bei.

FÜNFSTUFIGE ABFALLHIERARCHIE



Für zukünftige Gesetzesvorgaben ist es wichtig, von der bisherigen Input-bezogenen Berechnung der Recyclingquoten wegzukommen, weil diese nicht transparent die ökologischen Beiträge durch die verschiedenen Verwertungswege aufzeigt. Die Entwicklung einer geeigneten und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbaren Methodik zur Berechnung der Recyclingquoten ist anspruchsvoll und von hoher Wichtigkeit. Bei der Beurteilung von Recyclingvorgängen muss ferner darauf geachtet werden, dass eine hohe Qualität der Output-Produkte erzielt wird und es nicht zu einer Kreislaufführung oder Aufkonzentrierung von Schadstoffen kommt.

UNSERE POSITION

- Für eine realitätsnahe Abbildung der Recyclingleistung sollte eine nachvollziehbare Methodik zur Berechnung der Recyclingquoten entwickelt werden. Vorgaben zum Recycling müssen auch Qualität und Absetzbarkeit der zu produzierenden Recyclingprodukte berücksichtigen.

Entsorgungszuständigkeit der Kommunen für alle Haushaltsabfälle

Die Steuerungsverantwortung für die Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie für die gewerblichen Beseitigungsabfälle muss bei den Kommunen liegen. Zum einen gehen die Bürger laut Umfragen ohnehin davon aus, dass die Kommune für ihren Haushaltsabfall inklusive der Verpackungsabfälle zuständig ist. Die Aufsplittung der Entsorgungszuständigkeit in eine für Verpackungsabfälle (Duale Systeme) und in eine für die übrigen Haushaltsabfälle (öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger) hat sich zum anderen nicht bewährt, sondern zu intransparenten, ineffizienten und teuren Strukturen mit hohen Transaktionskosten geführt. Insbesondere konnte durch die Privatisierung der Verpackungsentsorgung kein wirklicher Durchbruch bei der Reduzierung von Kunststoffverpackungen oder der Stärkung von Mehrwegsystemen erreicht werden. Und auch mit Blick auf das Recycling ist festzustellen, dass aus dem überwiegenden Anteil der Kunststoffverpackungen nicht neue, recycelte Produkte hergestellt werden, sondern Ersatzbrennstoffe (EBS). Klare Zuständigkeitsregeln fördern

des Weiteren die Investitionsbereitschaft sowohl der Kommunen als auch der privaten Entsorgungswirtschaft in abfallwirtschaftliche Infrastruktur.

UNSERE POSITION

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen für die Sammlung aller Haushaltsabfälle zuständig sind – inklusive der Verpackungen. So können sie den privaten Haushalten eine Wertstofffassung aus einer Hand anbieten und anspruchsvolle Recyclingziele erreichen.

Recycelfähigkeit von Produkten stärken

Die auf den Markt gebrachten Produkte müssen so gestaltet sein, dass sie lange verwendbar bleiben, repariert werden können und, wenn sie Abfall werden, gut recycelbar sind. Der Gesetzgeber sollte in diesem Zusammenhang geeignete Voraussetzungen zur Stärkung des Ressourcenschutzes schaffen, die Ökodesign-Richtlinie wäre hier ein geeigneter Ansatzpunkt. Akteure der Abfallwirtschaft können sich hier kompetent einbringen, da ihnen bekannt ist, welche Materialien in welcher Form wiederverwendbar sind und welche Märkte es für die verschiedenen Materialien gibt. Produktverantwortung darf dabei nicht auf die Finanzierung von Entsorgungskosten reduziert werden: Zentrale Herausforderung echter Produktverantwortung ist die Verlängerung von Produktlebenszyklen, Reparaturfähigkeit und Recycelfähigkeit. Auf dieser Grundlage kann eine auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verwertung ausgerichtete Abfallwirtschaft dazu beitragen, dass hochwertige Sekundärrohstoffe aus den Abfällen gewonnen werden.

UNSERE POSITION

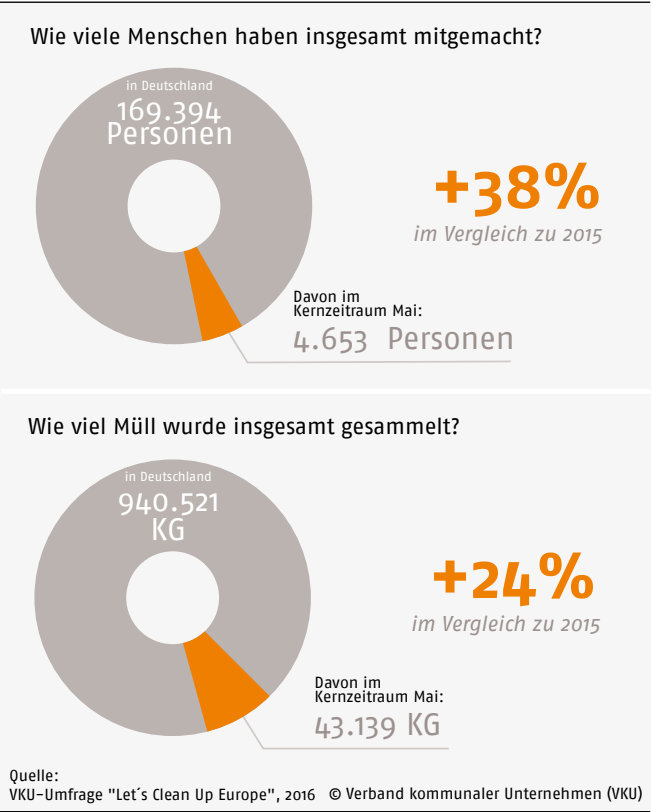
- Wir plädieren dafür, die Ökodesign-Richtlinie zu einer stärker recyclingbezogenen Richtlinie mit klaren Vorgaben für das Produktdesign weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und Rezyklierbarkeit von Produkten.

Programme zur Förderung des Bürgerengagements

Programme und Aktionstage zum Bürgerengagement für die Sauberhaltung der Städte inklusive der städtischen Grünflächen, wie

etwa die Kampagne „Let’s Clean Up Europe“, sind als Ergänzung zur kommunalen Stadtreinigung essentiell und führen zu einer wünschenswerten Sensibilisierung für den Umweltschutz.

LET’S CLEAN UP EUROPE – TEILNEHMERANZAHL UND GESAMMELTE MÜLLMENGE



Die meisten Bürgerinnen und Bürger fühlen sich für ihr Umfeld in hohem Maße verantwortlich. Sie leiden darunter, wenn Mitbürgerinnen und Mitbürger oder auch Gäste einer Stadt diese vermüllen. Die Verlagerung des Lebens nach draußen und Sauberkeit nicht nur zu Hause, sondern auch im öffentlichen Raum, sind Wohlfühlfaktoren, denen die Politik oft schon Rechnung trägt und dies in Zukunft sicher noch in verstärktem Ausmaß tun muss.

UNSERE POSITION

- Bundesweite Programme zur Förderung des Bürgerengagements bei der Sauberhaltung der Städte sollten unterstützt werden. Kampagnen wie „Let’s Clean Up Europe“ sollten weitergeführt und ausgeweitet werden.

04KOMMUNALE
WASSERWIRTSCHAFT

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1 – streng kontrolliert und garantiert sorgen die kommunalen Unternehmen für qualitativ hochwertiges Trinkwasser und die fach- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers. Zukünftig muss das Vorsorge- und Verursacherprinzip konsequent umgesetzt und die Themen Infrastrukturerhalt und -entwicklung stärker in den Blick genommen werden.

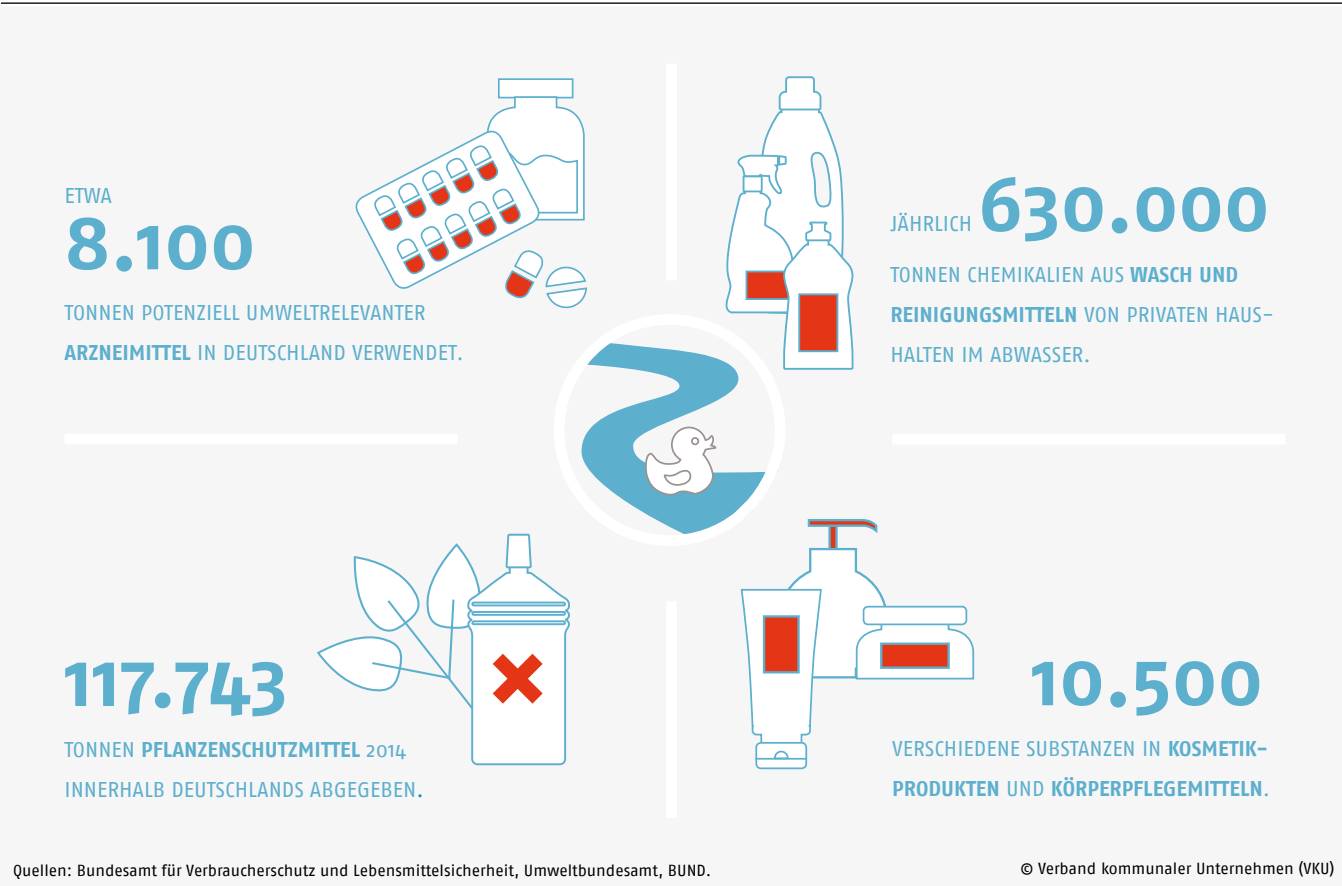
» KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

Wirksamer Schutz der Ressourcen für die Trinkwassergewinnung

Moderne Analytik kann heute geringste Schadstoffspuren in der Umwelt nachweisen. Unser Leitungswasser ist bedenkenlos trinkbar. Möglich machen das die Trinkwasserverordnung, komplexe technische Regeln sowie eine intensive Überwachung durch die Unternehmen. Aber selbst neueste Behandlungstechniken kön-

nen viele Spurenstoffe nicht restlos entfernen. Die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger zeigen sich hinsichtlich des Ressourcenschutzes alarmiert: In einer aktuellen VKU-Mitgliederumfrage äußerten sich rund 86 Prozent der befragten Unternehmen besorgt über den zunehmenden Eintrag von Spurenstoffen in die Gewässer. Nahezu 90 Prozent rechnen in Zukunft mit steigenden Kosten, um Spurenstoffe aus dem Wasserkreislauf zu entfernen.

MIKROVERUNREINIGUNGEN IN GEWÄSSERN



UNSERE POSITIONEN

- Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Vorsorge- und des Verursacherprinzips ein. Maßnahmen müssen daher zuerst beim Verursacher der Emission oder dem jeweiligen Wirkstoff ansetzen. Wir brauchen eine Vermeidung von Einträgen an der Quelle sowie eine verursachergerechte Beteiligung an den Kosten für die Aufbereitung von Trinkwasser und die Behandlung von Abwasser.
- Wir brauchen daher die Entwicklung einer Gesamtstrategie, die alle Akteure einbindet und ihren Beitrag leisten lässt. Packungsbeilagen von Arzneimitteln könnten Verbraucher etwa über die korrekte Art der Entsorgung informieren. Die Hersteller dieser Produkte sollten auch nach dem Verkauf verantwortlich bleiben. So sollten sie Altprodukte beispielsweise zurücknehmen müssen. Die Politik wiederum muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die wasserwirtschaftlichen Anforderungen anpassen.

UNSERE POSITION

- Wir treten dafür ein, dass die Gewässerschutzvorgaben und das landwirtschaftliche Fachrecht konsequent eingehalten werden. Die kommunalen Wasserversorger und ihre Kunden dürfen nicht die Kosten tragen, die durch die landwirtschaftliche Nutzung verursacht werden.

Infrastrukturerhalt und -entwicklung

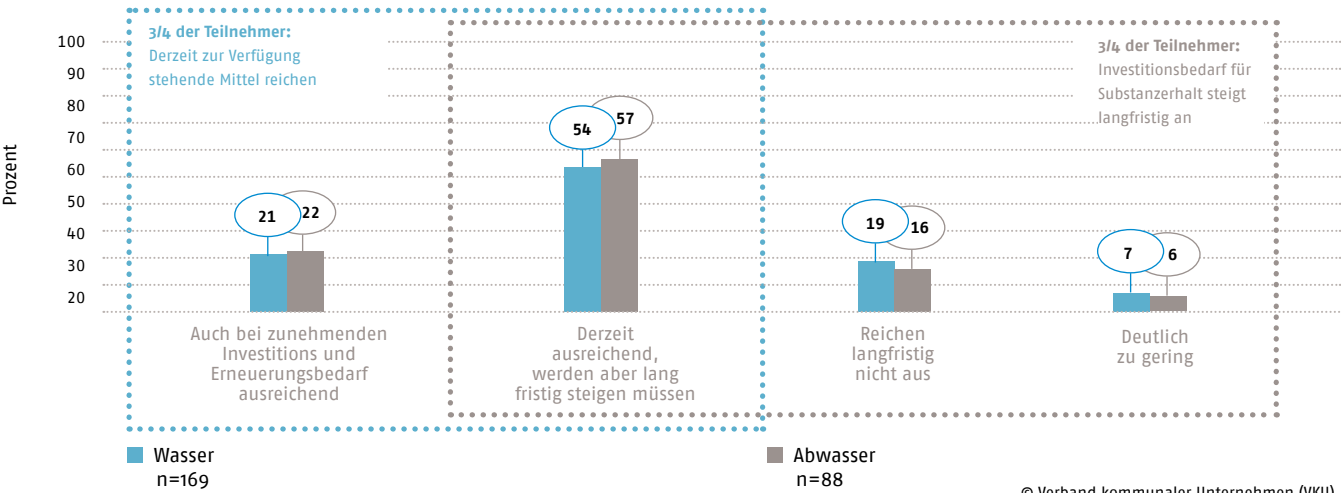
Die Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft stellt einen bedeutenden Vermögenswert und das Rückgrat für diese Leistungen der Daseinsvorsorge dar. Um die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der hohen Qualität und Versorgungssicherheit auch zukünftig jederzeit zuverlässig zu gewährleisten, ist eine anlagenintensive und sehr langlebige Infrastruktur von Nöten.

Wandelnde Rahmenbedingungen wie demographische und klimatische Veränderungen, zunehmende Nutzungskonkurrenzen, neue Anforderungen für die Abwasserentsorgung und ein verändertes Wassergebrauchsverhalten stellen die Unternehmen dabei vor große Herausforderungen. Sie begegnen ihnen vor Ort mit innovativen und passgenauen Lösungen. Trotzdem werden die Infrastrukturausgaben in den kommenden Jahren in vielen Regionen wohl nochmals deutlich steigen müssen. Und dass, obwohl

Auch die steigenden Nitratreinträge durch die Landwirtschaft bereiten der kommunalen Wasserwirtschaft zunehmend Sorgen. Hier benötigen wir eine konsequente Gegensteuerung, um die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser technisch nicht noch aufwendiger zu machen.

SUBSTANZERHALT DER INFRASTRUKTUR IN DER WASSER- UND ABWASSERWIRTSCHAFT

Ergebnisse der VKU-Mitgliederbefragung (Stand: Februar 2016)



sich die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft bereits heute durch beständig hohe und wirtschaftlich nachhaltige Investitionen auszeichnet.

UNSERE POSITIONEN

- Die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger sollten trotz dieser Entwicklungen auch weiterhin eine stabile Entgeltentwicklung und bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleisten können. Dazu sollten politische Initiativen mit Blick auf ihre Kostenfolgen in der Gesamtschau bewertet werden.
- Allen voran gilt es, das Verursacherprinzip stärker in den Blick zu nehmen. Denn eine Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen über die Kunden der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist häufig nur die vermeintlich einfachste Lösung. Vor dem Hintergrund der wachsenden infrastrukturellen Herausforderungen und ihrer Kostenfolgen darf dieser einfache Ausweg jedoch nicht länger Maßgabe für politische Entscheidungen sein.

Wachsende Anforderungen an die Abwasserentsorger zur Ressourceneffizienz

Für die kommunale Abwasserwirtschaft hat die sichere Entsorgung der Klärschlämme oberste Priorität. Die Qualität des ausgebrachten Klärschlammes hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Ebenso stellt die thermische Behandlung von Klärschlämmen ein wesentlicher Eckpfeiler dar. Die kommunale Abwasserwirtschaft leistet hierzu einen erheblichen Beitrag.

Eine bundesweite Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung ist aus Sicht der kommunalen Abwasserwirtschaft in der aktuell diskutierten Form in absehbarer Zukunft nicht wirtschaftlich umsetzbar. Denn für die erzeugten Produkte gibt es keinen Markt. Dem Marktpreis von aktuell 1,20 Euro je Kilogramm Phosphor steht ein fiktiver Preis des zurückgewonnenen Phosphors von bis zu 23,00 Euro je Kilogramm gegenüber. Zudem ist die Rückgewinnung grundsätzlich kein Kernbestandteil der kommunalen Abwasserbehandlung. Insbesondere in der Kommunikation mit den Bürgern gilt es zu klären, wie die damit einhergehenden Kosten auf die Gebühren umzulegen sind.

UNSERE POSITIONEN

- Die stoffliche Nutzung von qualitativ hochwertigen Klärschlämmen – und damit eine direkte Nutzung der Nährstoffe – sollte abhängig von den Inhaltsstoffen auch weiterhin möglich sein.
- Die thermische Vorbehandlung des Klärschlammes sollte alle Verbrennungsoptionen einbeziehen. Neben Klärschlammmonoverbrennungsanlagen ist dies auch die Mitverbrennung von Klärschlamm in Müllverbrennungsanlagen, Zementwerken und anderen Verbrennungsanlagen. Für beides brauchen die kommunalen Abwasserbetriebe Investitions- und Planungssicherheit. Nur so können die erforderlichen thermischen Kapazitäten unter wirtschaftlichen Vorgaben geschaffen werden.
- Vor einer flächendeckenden Einführung sollte auf dem Gebiet der Phosphorrückgewinnung zunächst noch geforscht und entwickelt werden.

Wasser und Abwasser auch in Zukunft am besten in kommunaler Verantwortung

Lokal verantwortete und organisierte Wasserwirtschaft ist ein besonders erfolgreicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger so. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag des VKU sprechen sich mehr als 81 Prozent für eine kommunale Wasserwirtschaft aus. Aufgrund dieses hohen Zuspruchs wurde für die Wasserwirtschaft eine Ausnahmeregelung bei den Liberalisierungsbestrebungen der Europäischen Kommission im Rahmen der Konzessionsrichtlinie getroffen.

UNSERE POSITION

- Die Absicherung des kommunalwirtschaftlichen Modells in der deutschen Wasserwirtschaft sollte aufgrund des hohen Zuspruchs in der Bevölkerung auch in anderen ordnungsrechtlichen Fragen abgesichert werden. Dies betrifft insbesondere die Bedingungen der interkommunalen Zusammenarbeit, die umsatzsteuerliche Einordnung hoheitlicher Tätigkeiten und die Regelungen in Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten.

05

KOMMUNALER
BREITBAND AUSBAU

Breitband ist Daseinsvorsorge. Die kommunalen Unternehmen ebnen den Weg in die Gigabit-Gesellschaft, in ländlichen Regionen genauso wie in den Städten. Für die Umsetzung braucht es wettbewerbliche Strukturen und keine neuen Technologiemonopole.

» KOMMUNALER BREITBANDAUSBAU

Ordnungspolitischer Rahmen für den Breitbandausbau: Wettbewerb forcieren und neue Lösungen für ländliche Gebiete entwickeln

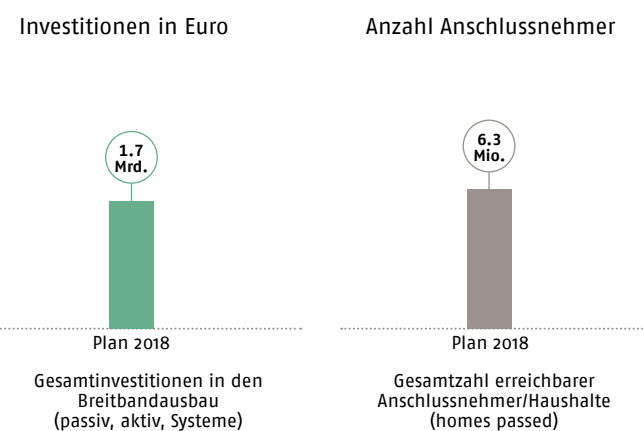
Die Zukunft liegt in der digitalen Welt. Eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandversorgung ist die Grundvoraussetzung, um die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu halten. So kann sichergestellt werden, dass im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Teilhabe herrschen. Ein zügiger flächendeckender Breitbandausbau ist für die deutsche Volkswirtschaft und die Entwicklung der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Auch deshalb müssen die Kompetenzen hierfür an zentraler Stelle koordiniert werden. Zudem werden weitere Fördermittel notwendig sein.

Die Anforderungen an Geschwindigkeit und Qualität der Datenübertragung werden in den nächsten Jahren weiterhin rasant steigen. Die Glasfasertechnologie ist dabei am besten geeignet, um zukünftige Bedürfnisse zu bedienen. Alle politischen und regulatorischen Maßnahmen müssen sich deshalb auf den Ausbau eines möglichst flächendeckenden Glasfasernetzes fokussieren.

Die Kommunen und die kommunalen Unternehmen übernehmen im Rahmen einer modernen Daseinsvorsorge Verantwortung für ihre Region. Sie engagieren sich nicht nur im Breitbandausbau in Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Regionen. Hier ist der Ausbau aufgrund weiter Strecken und weniger potenziellen Kunden ungleich kostenintensiver. Für rein wirtschaftlich getriebene Investoren bzw. börsennotierte Unternehmen ist er somit nicht attraktiv.

Damit leisten die kommunalen Unternehmen einen erheblichen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land in einer digitalisierten Welt. Die kommunalen Unternehmen sind grundsätzlich davon überzeugt, dass der flächendeckende Breitbandausbau am besten im funktionieren-

KOMMUNALE UNTERNEHMEN INVESTIEREN IN DEN BREITBANDAUSBAU IN STADT UND LAND



Quelle: VKU-Umfrage Breitband 2014.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

den Wettbewerb aller Marktteilnehmer gelingt. Schon heute hat der Wettbewerb den Breitbandausbau ein großes Stück vorangebracht – vor allem in urbanen und suburbanen Gebieten. Die Kunden können zwischen unterschiedlichen Angeboten wählen, die Preise sind niedriger und die Produkte hochwertiger als vor der Marktliberalisierung. Abzulehnen sind daher Tendenzen zu Remonopolisierung und Konzentration von Marktmacht, z. B. durch die regulatorische Bevorzugung / Deregulierung einzelner Marktteilnehmer. Dies gilt sowohl für die nationale wie auch die europäische Ebene. Um Investitionen aller Marktteilnehmer zu forcieren, sind faire und verlässliche rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen die Grundvoraussetzung. Auf Seiten der kommunalen Unternehmen führen wiederkehrende Diskussionen zu kommunalem und kommunalwirtschaftlichem Engagement zu zusätzlicher Verunsicherung bei Investitionsentscheidungen. Deshalb muss klar gestellt sein, dass kommunale Unternehmen gleichberechtigte Marktteilnehmer im wettbewerblichen Breitbandausbau sind.

Insgesamt gilt es, die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen optimal auszugestalten. Investitionen sollen nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern vor allem auch volkswirtschaftlich sinnvoll sein. Eine Duplizierung von Infrastruktur ist vor allem in ländlichen Gebieten nicht sinnvoll. Hier getätigte Investitionen müssen angemessen geschützt werden. „Rosinenpicken“ und strategischer Überbau von vorhandenen Infrastrukturen führen dazu, dass ländliche Regionen von der digitalen Welt abgekoppelt bleiben. Wir brauchen Mechanismen, die ein solches Marktverhalten verhindern. Dies ist vor allem dann zwingend notwendig, wenn staatliche Fördermittel im Spiel sind.

Für einen möglichst zügigen Breitbandausbau ist es zudem notwendig, dass Markterkundungsverfahren bindend sind – gerade in ländlichen Gebieten. Eine solche bindende Wirkung muss vor allem auch für negative Interessenbekundungen gelten. Damit besteht Planungssicherheit für solche Ausbauprojekte, die (nur) aufgrund von negativen Interessenbekundungen begonnen wurden. Unternehmerische Freiheit und volkswirtschaftliche Interessen müssen hier in Einklang stehen. In sehr ländlichen Gebieten, in denen dauerhaft kein eigenwirtschaftlicher Breitbandausbau zu erwarten ist, müssen Investitionen stimuliert werden. Hier werden auch weitere Fördermittel notwendig sein. Kommunale Unternehmen müssen dafür im gleichen Umfang auf diese Mittel zurückgreifen können.

UNSERE POSITIONEN

- Wir brauchen eine zentrale Koordination der Kompetenzen für den Breitbandausbau. Das gilt gerade für die anstehende Aufgabe des Ausbaus eines flächendeckenden Gigabitnetzes. Der Ausbau vollzieht sich grundsätzlich im Wettbewerb. Die kommunalen Unternehmen sind hierbei ein gleichberechtigter Marktteilnehmer. Diesen Wettbewerb gilt es zu schützen und zu forcieren.
- Wo der Wettbewerb an seine Grenzen stößt, sollten die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen unternehmerische und volkswirtschaftliche Interessen in Einklang bringen.
- Schon heute zeichnet sich ab, dass der Bund in sehr ländlichen Gebieten weitere Fördermittel bereitstellen wird. Hierauf sollten kommunale Unternehmen im gleichen Umfang wie andere Marktteilnehmer zurückgreifen können.

» IMPRESSUM

Herausgeber	Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) Invalidenstraße 91, 10115 Berlin Fon +49 30 58580-0, Fax +49 30 58580-100 www.vku.de, info@vku.de
Produktion	VKU Verlag GmbH, Berlin/München Invalidenstraße 91, 10115 Berlin Fon +49 30 58580-850, Fax +49 30 58580-6850 www.vku-verlag.de, info@vku-verlag.de
Bildnachweis	Titel: shutterstock Seite 6-7: Regentaucher Seite 12-13: Regentaucher Seite 20-21: Regentaucher Seite 24-25: Regentaucher Seite 30-31: Regentaucher

#vku2017

www.vku.de